

Stadt Genthin
Der Bürgermeister
10. Juli 2008

Kurzer Abriss der Geschehnisse um die Schließungsabsichten des Waschmittelwerks der Firma Henkel

Am Rande einer Beratung mit Herrn Mund, QSG, am 7.7.2008, 14:00 Uhr, informierte Herr Haase über eine gerade angelaufene Belegschaftsversammlung, in der wohl verkündet wird, dass die Henkel AG beabsichtigt, den Standort Genthin zu schließen.

Nach Rückkehr in mein Büro ging um 15:07 Uhr ein Fax ein, in dem Herr Dr. Stara, Mitglied des Vorstands Wasch- und Reinigungsmittel, über diese Personalversammlung informiert und um ein kurzfristiges Gespräch unter Einbeziehung des Landrats bittet. Nach Abstimmung mit dem Landrat wurde hierfür 17:30 Uhr im Dienstzimmer des Bürgermeisters vereinbart.

Fast zeitgleich/7.7.2008, 16:23 Uhr, ging eine E-Mail der Frau Kirschner, freie Mitarbeiterin des MDR, ein, mit der verbunden sie mir eine Reuters-Nachricht vom 7.7.2008 zukommen ließ (Anlage zur Verlesung). Zugleich bat sie um ein Gespräch.

Die Beratung um 17:30 Uhr fand unter Anwesenheit des Landrats, des Bürgermeisters, des Standortverantwortlichen Henkel Genthin, Herrn Dr. Bauer, sowie des VM Herrn Dr. Friedrich Stara, statt. Herr Dr. Stara bediente sich in seiner Begründung zur Schließung des Standorts im Wesentlichen der in der Reuters-Mitteilung gebrauchten Argumentation. Insbesondere die Problematik der Transportkosten, bewirkt auch durch eine doppelte Infrastruktur sowie die steigenden Rohstoffpreise, waren dem Konzern Anlass zu Überlegungen der weiteren Effizienzsteigerung.

Im Februar 2008 hat der Konzern ein globales Effizienzsteigerungsprogramm bekannt gemacht, aus dem verschiedene Maßnahmen der Gewinnoptimierung resultieren, unter anderem auch der Abbau von weltweit 3.000 Stellen, davon 1.000 Stellen in Deutschland. Nach Ansicht von Herrn Dr. Stara wäre der Standort Genthin unwirtschaftlich und damit nicht mehr zu halten.

Die Konzernleitung hat deshalb beschlossen, die Produktion von Flüssigwaschmitteln in Genthin bis spätestens 31.12.2009 aufzugeben und die Gesamtproduktion nach Düsseldorf/Holthausen zurückzuführen.

Die Transportkosten begründete Herr Dr. Stara mit einer einfachen und damit leicht verständlichen Rechnung.

16 % der zu 100 % erzeugten Waschmittel werden nur im Osten abgesetzt, womit 84 % transportiert werden müssen. Ziel der Optimierung ist es also, Produktion und Konsumtion enger zusammenzubringen.

Inwieweit sich hier eine Logik ergibt, sollen durch den Betriebsrat angestrebte eigene Wirtschaftlichkeitsberechnungen Be- oder Widerlegen. Gegen diese Rechnung spricht nicht zuletzt der Neubau des Logistikzentrums am Standort Genthin, das vor nur einem Jahr in Betrieb genommen wurde.

Herr Dr. Stara führte einige vorgesehene Maßnahmen an, die die Schließung des Werkes „sozialverträglicher“ gestalten sollen. So werde angestrebt, über eine Art des Management by out 50 Arbeitsplätze für den weiteren Betrieb der Wirbelschichtanlage

und die Verpackungsfertigung zu erhalten. Weitere Mitarbeiter des Bereichs Flüssigwaschmittel könnten nach seiner Ansicht Beschäftigung am Sitz des Stammbetriebes finden.

Im offen geführten Gespräch haben wir als Kommunalvertreter die konkrete arbeitsmarktpolitische Situation der Region Genthin dargestellt und auf die verehrende Signalwirkung verwiesen, die mit dem Rückzug der Firma Henkel nach mehr als 85jähriger Präsenz in der Stadt Genthin einhergeht. Es wird nicht möglich sein, die Arbeitnehmer in andere Branchen abzuleiten, da Genthin noch immer eine über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit aufweist. Aus der Sicht der Kommunalvertreter war nicht nachvollziehbar, wie man mit einer solchen Entscheidung 130 Mio. € Investitionen seit 1990 quasi abschreibt. Wir haben insoweit unser Unverständnis für diese nicht nachvollziehbare Entscheidung zum Ausdruck gebracht und natürlich angekündigt, dass wir uns für die Mitarbeiter und den Erhalt der Arbeitsplätze ebenso konsequent einsetzen werden, wie für den Erhalt des Standortes in seiner Gesamtheit.

Der Landrat hatte noch vor der Beratung Gelegenheit, den Innenminister, Herrn Hövelmann, vom Geschehen in Genthin zu informieren, der seinerseits den Wirtschaftsminister in Kenntnis setzte, sodass die Öffentlichkeit schon am Montagabend in Kenntnis gesetzt war.

Die Öffentlichmachung führte zu konzentrierten Aktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen und das Geschehen an sich zu einer breiten, bundesweiten Publizierung. Verschiedene Fernsehsender interviewten nicht nur Vertreter des Unternehmens und des Betriebsrates, der Belegschaft und Kommunalpolitiker, sondern auch viele Bürger unserer Stadt. Aus allen Beiträgen war Unverständnis für diese Entscheidung zu spüren, Bestürzung und Betroffenheit, aber auch der Wille erkennbar, diese Entscheidung nicht so hinzunehmen. Überall war auch spürbar, dass es nicht nur um die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ging, sondern eben auch und insbesondere um die Fortsetzung der mehr als 80jährigen Verbindung zwischen der Stadt Genthin und dem Unternehmen Henkel.

Betriebsrat und Gewerkschaft haben schon am Dienstag erste Maßnahmen festgelegt, wobei das Thema Arbeitsniederlegung gegenwärtig keine Rolle spielt. Vielmehr soll weiterhin auf die Situation aufmerksam gemacht und die Solidarität der Bevölkerung Genthins, aber auch darüber hinaus eingefordert werden.

In einem gestrigen Gespräch zwischen dem Bürgermeister und Vertretern der Gewerkschaft BCE und des Betriebsrates, wurde die für Freitag vorgesehene Protestveranstaltung abgestimmt. Sie beginnt mit einem Fackelmarsch vom Marktplatz über die Mühlenstraße, Ziegeleistraße zum Stadtkulturhaus und endet dort mit einer Kundgebung, auf der verschiedene Sprecher zu Wort kommen sollen. So unter anderem der Vertreter der Gewerkschaft, Herr Koppitz, Herr Franke als Betriebsratsvorsitzender, der Bürgermeister sowie (nachgefragt) Prominente Vertreter der Landesregierung, vordergründig allerdings in ihrer Tätigkeit als Mitglieder der Gewerkschaft BCE.

Diese Kundgebung wird wiederum ein breites öffentliches Echo finden, da sich verschiedene Fernsehsender angemeldet, die Live von dieser Veranstaltung berichten wollen.

In Abstimmung mit dem vorgenannten Personenkreis wurde eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, die am 11.7.2008 beginnt und in einer ersten Phase die Stadt Genthin und die umliegenden Orte einbezieht. Inwieweit sie und andere Aktionen auf einen größeren Bereich, vielleicht den gesamten ostdeutschen Raum, ausgeweitet wird, soll in

den nächsten Tagen unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung entschieden werden.

Ebenfalls gestern führte Minister Haseloff Gespräche mit der Standortleitung, der Gewerkschaft und dem Betriebsrat. Dessen Vorsitzender konnte daran nicht teilnehmen, da er sich zu dieser Zeit in Düsseldorf befand, um in einer Sitzung des Gesamtbetriebsrates über die Situation zu informieren und dessen Unterstützung einzufordern.

Minister Haseloff führt am 11.7.2008 erste Gespräche mit dem Vorstand der Henkel AG und dessen Vorsitzenden Kaspar Rorsted. Wie der Presse zu entnehmen war, geht Herr Haseloff mit klaren Vorstellungen und Vorschlägen in diese Aussprache, wobei sein erklärtes Ziel darin besteht, Henkel am Standort Genthin zu belassen, also keine Schließung zu dulden, sondern abgestimmte Maßnahmen, die ggf. einen weiteren Arbeitsplatzabbau zur Folge haben, nicht aber den gänzlichen Wegzug aus Genthin und Sachsen-Anhalt. Herr Haseloff betonte nach dem Gespräch in Genthin nochmals die Bedeutung dieses international agierenden Konzerns für das Land Sachsen-Anhalt und die Region Genthin.

Die Auswirkungen auf die Stadt Genthin sind erheblich. Zunächst geht es um 240 unmittelbare und wenigstens die gleiche Anzahl mittelbar betroffener Arbeitsplätze, wie Zeitarbeiter, Dienstleister, Handwerker u. a. m. Es geht weiterhin um den Verlust eines industriellen Kerns, der seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts die Stadtentwicklung in einem ganz entscheidenden Maße geprägt hat und auch heute noch prägt. Es geht weiterhin um den Verlust von unmittelbaren Gewerbesteuerereinnahmen und um weitere anteilige Steuereinnahmen, wie aus der Einkommenssteuer. Es geht um weiteren Kaufkraftverlust und damit in der Gesamtheit aller negativen Auswirkungen um eine deutliche weitere Schwächung des Wirtschaftsstandortes Genthin.

Was die Wertung der Entwicklung der QSG anbelangt, teile ich nicht die Meinung der Skeptiker. Ich sehe weniger eine wirtschaftliche Bedrohung, sondern vielmehr ein erweitertes Tätigkeitsgebiet, denn letztlich wurde die QSG Anfang der 90er Jahre gegründet, um die Restrukturierung des Unternehmens Henkel in Genthin arbeitsmarktpolitisch und sozial zu begleiten. Abgesehen davon, dass in einem absehbaren Zeitraum die jetzt eingesetzten 70 Zeitarbeiter nicht mehr benötigt werden, wird es in diesen 1 ½ Jahren vielfältige Möglichkeiten geben, sich der neuen Situation anzupassen. Was die gegenwärtigen Bemühungen der QSG anbelangt, das Stadtkulturhaus zu erwerben, kann keine Prognose über den Fortgang dieser Verhandlungen abgegeben werden. Unabhängig von der Entwicklung bleibt es dennoch bei dem Erfordernis, für die Stadt Genthin eine derartige Einrichtung vorzuhalten, was nicht zuletzt ein Erfordernis für den Beibehalt der zentralörtlichen Funktion der Stadt Genthin darstellt.

Alles in allem stellt sich nicht nur der Stadtrat hinter die Forderung der Mitarbeiter des Unternehmens, sondern man kann durchaus davon sprechen, dass sich eine ganze Stadt, wenn nicht eine ganze Region, solidarisiert, wie auch in der Protestresolution der Bürgermeister der Verwaltungsgemeinschaft Elbe-Stremme-Fiener zum Ausdruck gebracht wird.